

Die Eisen- und Stahlindustrie Luxemburgs in der Gemeinschaft

Autor(en): **Weiss, Antoine**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes**

Band (Jahr): **59 (1967)**

Heft 12

PDF erstellt am: **21.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-354311>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die Eisen- und Stahlindustrie Luxemburgs in der Gemeinschaft

Bei der Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl im Jahre 1952 war der Stahl, trotz der Konjunkturschwankungen in den vergangenen Jahren, ein Mangelprodukt. Die Produzenten diktierten die Liefertermine und die Preise. Für die neugebackene Gemeinschaft handelte es sich darum, in dieser Lage die Verbraucher, das heißt vor allen Dingen die stahlverarbeitenden Industrien vor einer Übervorteilung zu schützen. Das war nur möglich, indem innerhalb dieser Gemeinschaft eine gegenseitige Durchdringung der Märkte und damit ein Wettbewerb gefördert wurde, der nach und nach zu optimalen Produktions- und Verkaufsbedingungen führen sollte.

Hierzu mußte erst einmal eine gewisse Markttransparenz geschaffen, Kartelle und Preisabsprachen mußten unterbunden und es mußte eine Politik zur Angleichung von Angebot und Nachfrage in die Wege geleitet werden.

Das bedingte eine gewisse Orientierung des Marktes und der Investitionen, was mit der Aufstellung der jeweiligen «Allgemeinen Ziele Stahl» erreicht werden sollte und bis zu einem gewissen Grade auch erreicht wurde.

Auf die «Allgemeinen Ziele Stahl» der gemeinsamen Exekutive der Gemeinschaft an dieser Stelle näher einzugehen, würde uns zu weit führen. Erwähnen wir darum nur, daß sie die jeweiligen Absatzmöglichkeiten in ihrer ersten Ausgabe zu vorsichtig, dann in der zweiten Ausgabe zu optimistisch sahen und darum die gesteckten Ziele der zweiten Ausgabe nachträglich revidieren mußten, daß aber im allgemeinen, auf Grund der gesammelten Erfahrungen, die Voraussetzungen von Produktions- und Absatzmöglichkeiten heute einen sehr hohen Wahrscheinlichkeitsgrad erreicht haben und darum auch für die Zukunft die Grundlage für eine gesunde wirtschaftliche Entwicklung auf dem Stahlmarkt abgeben könnten.

Wir betonen ausdrücklich *könnten*, denn trotzdem sie die Entwicklung und vor allem die Investitionen bis zu einem gewissen Grade beeinflussen kann, fehlt es der Gemeinsamen Exekutive der Gemeinschaft doch an wirklichen Eingriffsmöglichkeiten, besonders in Perioden des Überangebots und des Preisverfalls, wie wir sie jetzt erleben.

Starker Kapazitätsüberhang bewirkte Preisverfall

Tatsächlich ist seit dem Jahre 1964 die Lage auf dem Stahlmarkt sehr gespannt.

Der Stahlverbrauch ist zwar nicht rückläufig, sondern steigt, wenn auch in bescheidenerem Maße als in der Vergangenheit, noch weiter an.

Die Produktionskapazitäten sind aber schneller gestiegen als der Verbrauch, so daß augenblicklich, sowohl auf dem Weltmarkt als innerhalb der Gemeinschaft, ein empfindlicher Kapazitätsüberhang besteht, der sich in den kommenden Jahren noch stärker ausweiten kann, wenn keine Rückkehr zu einer vernünftigeren Investitionspolitik erfolgt.

In den Drittländern ist vor allen Dingen die japanische Stahlproduktion stark angestiegen und eine Anzahl von früheren Käuferländern hat sich im Laufe der Jahre zu Stahllieferanten entwickelt, die unter allen Umständen verkaufen müssen.

Innerhalb der Gemeinschaft aber hat die Schaffung neuer Produktionseinheiten, vor allem an den Küsten der einzelnen Länder, der Produktion einen raschen Antrieb gegeben, während gleichzeitig die traditionellen Standortbetriebe mit der Modernisierung ihrer Anlagen eine, wenn auch langsamere, doch empfindliche Kapazitätsausweitung erfuhren und die Marginalbetriebe, deren zukünftige Lebensfähigkeit äußerst fraglich ist, noch weiter produzieren.

Doch dieser Kapazitätsüberhang hätte nicht unbedingt zu dem raschen Preisverfall auf dem inneren Markt führen müssen, wenn die Produzenten etwas mehr Disziplin bewiesen hätten.

Mit 80 Prozent Auslastung kann nach Ansicht der Fachleute die Stahlindustrie zu durchaus annehmbaren Bedingungen produzieren und verkaufen. Ja, man geht sogar so weit, zu behaupten, ein gewisser Kapazitätsüberhang sei notwendig, um einen normalen und gesunden Wettbewerb zu fördern.

Das hat sich in diesem Falle jedoch als Fehlspekulation erwiesen. Statt des Wettbewerbs spielt sich ein Zerfleischungsprozeß auf dem Stahlmarkt ab. Die gegenseitigen Preisunterbietungen haben eine allgemeine Preissenkung bewirkt, die die Stahlpreise bis hart an die Grenze der Gestehungskosten brachte und die augenblicklichen Erlöse stellen sowohl die zukünftigen Investitionen als auch die soziale Entwicklung in Frage.

Marktwirtschaft oder Planwirtschaft?

Damit bestätigt sich nun auch auf dem Stahlmarkt jene Feststellung, die bereits bezüglich der Entwicklung auf dem Energiemarkt getroffen werden konnte, nämlich daß der freie Wettbewerb zwar seine guten Seiten haben mag, wenn es sich um Industrien dreht, die sich direkt an die große Masse der Endverbraucher wendet, daß aber der Mechanismus der Marktwirtschaft bei den Grundstoffindustrien nur so lange funktioniert, als Angebot und Nachfrage im Gleichgewicht sind.

Es gilt nun, aus diesen Feststellungen die notwendigen Schlußfolgerungen zu ziehen und jene Maßnahmen einzuleiten, die geeignet sind, erst einmal die augenblickliche Entwicklung aufzufangen und

wieder normale Verhältnisse herzustellen und des weiteren eine gesunde Entwicklung im Fortschritt für die Zukunft zu sichern.

Ist das auf rein privatwirtschaftlicher Basis möglich oder nicht? Je nach Einstellung des einzelnen wird die Antwort auf diese Frage ausfallen.

Die Anhänger der liberalen Marktwirtschaft geben zwar zu, daß sich eine straffere Organisation der Produktion und des Marktes sowie eine bessere Koordinierung der Investitionen aufdrängt, möchten das Ganze jedoch auf rein privatwirtschaftlicher Basis aufbauen. Sie wollen unter sich bleiben und neue Superkartelle ins Leben rufen, wobei dann die privaten Finanzinteressen in den Vordergrund geschoben werden und die Interessen der Allgemeinheit zu kurz kommen.

Wir unsererseits sind eher der Meinung, daß eine optimale Planung und Organisation der Investitionen, der Produktion und des Marktes nur auf gemeinschaftlicher Basis und unter der aktiven Kontrolle der Gemeinschaftsorgane möglich ist.

Hierzu müßten die Bestimmungen des Vertrags in dem Sinne revidiert werden, daß die gemeinsame Exekutive der Gemeinschaften, wenigstens so weit es die Grundstoffindustrie anbelangt, weitergehende Befugnisse und direkte Eingriffsmöglichkeiten erhält.

Die kleinen traditionell stahlproduzierenden Länder in der Gemeinschaft, und vor allem Luxemburg, haben das größte Interesse an einer harmonischen Entwicklung von Angebot und Nachfrage auf dem Stahlmarkt. Sollten nämlich die gegenwärtigen Zustände länger andauern, so könnte sich daraus in verschiedenen Staaten eine Rückkehr zu eigenstaatlichem Denken und damit die Gefahr einer Einschränkung des freien Güterverkehrs ergeben.

Eine solche Entwicklung könnte Luxemburg in eine wirtschaftliche Lage bringen, aus der nur sehr schwer ein Ausweg zu finden wäre.

Tatsächlich hat sich die luxemburgische Stahlindustrie im Laufe der Jahre mehr und mehr auf den innergemeinschaftlichen Markt abgestellt und sie konnte ihre mit der Modernisierung langsam wachsende Produktion auf jenen Märkten der Gemeinschaftsländer absetzen, die ihr vor der Schaffung des gemeinsamen Marktes verschlossen waren.

Wenn bis 1952 etwa 70 Prozent der luxemburgischen Stahlproduktion von damals maximal drei Millionen Tonnen in die sogenannten Drittländer verkauft wurden, dann werden heute etwa zwei Drittel einer Produktion von rund 4,5 Millionen Tonnen, also die gesamte frühere Produktion im Innern des gemeinsamen Marktes abgesetzt.

Dies ist von um so größerer Bedeutung, wenn man bedenkt, daß mit dem Auftauchen starker Konkurrenten, wie zum Beispiel der japanischen Stahlindustrie, auf dem Weltmarkt die Konkurrenz sich wesentlich verschärft hat und die Preise in der Regel niedriger liegen als im Innern der Gemeinschaft.

In ihrem eigenen Interesse müssen die luxemburgischen Gewerkschaften also alle jene Bestrebungen unterstützen, die auf eine Sanierung des Stahlmarktes in der Gemeinschaft abzielen und eine Investitionspolitik befürworten, die der zu erwartenden Entwicklung des Stahlbedarfs angepaßt ist.

Für die luxemburgische Stahlindustrie kann nur die Beibehaltung der bisherigen Politik empfohlen werden, die darauf ausgerichtet ist, die bestehenden Einrichtungen fortlaufend und schrittweise zu erneuern und zu modernisieren, ohne ein allzu großes Gewicht auf Kapazitätsausweitungen zu legen.

Als Gewerkschaften . . .

. . . können wir jedenfalls eine solche Politik, die übrigens für den gesamten Bereich der Gemeinschaft von der gemeinsamen Exekutive der Gemeinschaft empfohlen wird, nur unterstützen.

Tatsächlich sind die in der Stahlindustrie beschäftigten Arbeiter sehr stark an einer gesunden und reibungslosen wirtschaftlichen Entwicklung auf dem Stahlsektor interessiert, da, wie wir es in allen sechs Ländern beobachten können, jeder wirtschaftliche Rücklauf von Unternehmerseite dazu benutzt wird, um den sozialen Fortschritt mit allen Mitteln abzubremesen.

Die Verhandlungen zur Erneuerung der Kollektivverträge und zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen sind in den verschiedenen Ländern festgefahren und es zeichnen sich Konflikte ab, die mit billigen Appellen an die Vernunft der Arbeiter und ihre Organisationen nicht aus der Welt zu schaffen sind.

Es wäre für die Unternehmer ein Leichtes, sich auf gemeinsame und positive Maßnahmen in punkto sozialen Fortschritt zu einigen. Eine solche Politik würde die Konkurrenzlage im Innern des Marktes nicht beeinträchtigen, da die zu treffenden Maßnahmen sich überall in gleicher Weise auswirken würden.

Statt dessen verlegt man sich auf nationale Argumente und stützt sich in allen Ländern auf das Argument der Konkurrenzlage gegenüber dem Nachbarland, um die gewerkschaftlichen Vorschläge abzulehnen.

Diese Politik ist auf die Dauer nicht annehmbar und sie wird die Stahlarbeitergewerkschaften der sechs Länder zwingen, sich in Zukunft noch viel enger zusammenzuschließen und gemeinsame Aktionen für bestimmte Ziele gemeinsam durchzuführen.

In dem Sinne haben bereits eine Reihe von Besprechungen zwischen verschiedenen Stahlarbeiterorganisationen stattgefunden und es ist zu erwarten, daß sich demnächst eine stärkere Entwicklung in dieser Richtung anbahnt.

Antoine Weiss, Esch/Alzette